

#schlaglicht



Tarifbindung: Mehr Gute Arbeit braucht das Land

Nach dem Bundestag ist nun der Bundesrat am Zug. Wenn die Länderkammer ebenfalls zustimmt, können sich alle Gewerkschaftsmitglieder ab dem neuen Jahr über eine finanzielle Entlastung freuen. Um eine angemessene Anerkennung für ihr Engagement zu schaffen, soll der [Gewerkschaftsbeitrag zusätzlich zum Arbeitnehmerpauschbetrag](#) von der Einkommensteuer abgesetzt werden können. Je nach dem persönlichen Steuersatz wird die Rückerstattung vom Fiskus bei der Mehrheit zwischen 25 und 35 Prozent des gezahlten Jahresbeitrags betragen. Es lohnt sich also spürbar.

Tarifverträge = Gute Arbeit

Die verbesserte Absatzbarkeit kann ein weiterer Anreiz sein, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Denn erst Gewerkschaften und ihre Mitglieder füllen die Tarifautonomie mit Leben, indem sie gemeinsam Tarifverträge erkämpfen. Mit ihnen verdoppeln sich die Chancen auf [Urlaubs-](#) und [Weihnachtsgeld](#) nahezu. Darüber hinaus verdienen Beschäftigte mit Tarifvertrag durchschnittlich mehr, haben kürzere Arbeitszeiten, mehr Urlaubstage und öfter eine betriebliche Altersvorsorge. Kurzum: Tarifverträge stehen für Gute Arbeit.

Beschäftigte wünschen Tarifbindung

Diesen Vorzügen sind sich die Beschäftigten mehrheitlich bewusst. Wie eine [aktuelle Beschäftigtenbefragung des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft](#) zeigt, ist die Tarifbindung für 71 Prozent ein wichtiges Kriterium für ihren jetzigen oder zukünftigen Arbeitsplatz. Auf der anderen Seite wirbt jedoch nur rund ein Fünftel der Betriebe in seinen Stellenanzeigen mit tariflichen Arbeitsbedingungen (siehe Grafik). Das Gros lässt diesen Bonus für die eigene Attraktivität links liegen und verschenkt damit einen wertvollen Trumpf im Wettbewerb um gut ausgebildete Fachkräfte.

Tarifflicht fördert Schmutzkonzurrenz

Allerdings ist dieses Ergebnis nur folgerichtig. Viele Betriebe wollen von der Sozialpartnerschaft nichts mehr wissen und begehen Tarifflicht. Darunter leiden nicht nur die Beschäftigten, auch der Allgemeinwohl entstehen durch die Ausfälle bei

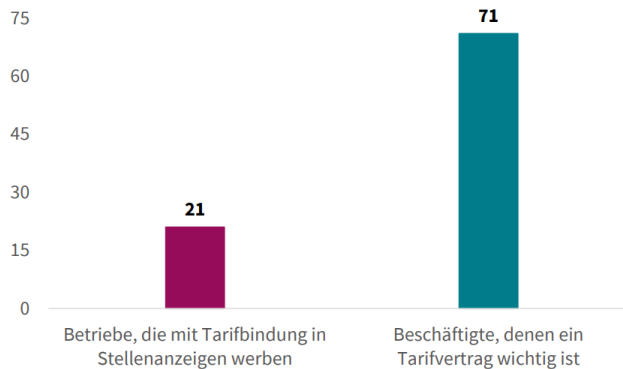
Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträgen [Schäden in Milliardenhöhe](#). Und nicht zuletzt verschaffen sich tarifflichtige Arbeitgeber durch Lohndumping einen unlauteren Vorteil gegenüber der Konkurrenz, die sich an Tarifverträge hält. Ein Umdenken wäre dringend angebracht.

Tariftreue in Niedersachsen kommt

Deshalb ist es von großer Bedeutung, dass eine Erhöhung der Tarifbindung auch politisch gefördert wird. Es ist in diesem Sinne ausdrücklich zu begrüßen, dass die stellvertretende Ministerpräsidentin

Gewicht von Tarifverträgen für Beschäftigte und Betriebe

- Angaben in Prozent -



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft 2025; eigen Darstellung

25 - 35 %
der Beiträge bekommen Gewerkschaftsmitglieder ab 2026 rückerstattet

Julia Hamburg bei der [DGB-Bezirkskonferenz](#) im Namen der Niedersächsischen Landesregierung ankündigte, dass das [Vergabegesetz im Sommer 2026 novelliert](#) wird. Öffentliche Aufträge in Niedersachsen soll es dann nur noch für Betriebe geben, die ihren Beschäftigten Tariflöhne bezahlen.

Weitere Maßnahmen für Tarifwende

Gleichzeitig muss auf Bundesebene noch einiges bewegt werden. Die Absatzbarkeit des Gewerkschaftsbeitrags ist ein guter Anfang, aber um die Tarifbindung weiter zu erhöhen, ist mehr notwendig. Analog zum Land Niedersachsen muss die Bundesregierung ihr Bundestariftreuegesetz endlich beschließen, ein digitales Zugangsrecht für Gewerkschaften einführen und die Allgemeinverbindlicherklärung erleichtern. Dann würde die [Tarifwende](#) noch mehr Fahrt aufnehmen.

